



E.T.  
 11.  
 November  
 1933  
 S. 1.

# FREIHEIT!

Morgen demonstrieren in Luxemburg das werktätige Volk, demonstrieren die Freunde der Demokratie gegen den Faschismus. Morgen geht in Deutschland das deutsche Volk zur „Wahl“. Doch unsere Freiheitsdemonstration, unsere Demonstration für die Demokratie zusammenfällt mit diesem Wahltag auf die Freiheit der Ueberzeugung, mit dieser Karikatur auf die demokratische Meinungsausprägung, das ist einer seiner Zwecke, die dazu angetan sind, ein Ereignis mit der Atmosphäre starker Symbolik zu umgeben.

In Deutschland krebt morgen die Terrorpöbelische die Wahlen in die Wahllokale, zwingt sie zu einer „Wahl“, bei der es nicht einmal zwischen zwei Möglichkeiten zu wählen gibt. Und die Absehung der einzigen Möglichkeit kann morgen mit Entsehung in das Konzentrationstager gelüht werden.

In Luxemburg marschieren morgen die Massen in Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte. Was es heißt, diese Rechte noch ausüben zu dürfen, das wird sie ein Blick über unsere städtische Grenze lehren. Was sie zu verlieren haben, um was sie zu kämpfen bereit sein müssen, das wird ihnen am klarsten werden, wenn sie den Vergleich anstellen mit dem, was in einem Lande geschieht, das diese Rechte aufgegeben hat: geistige Knechtung, soziale Knechtung.

Wir wollen morgen unsern Willen bekunden, uns gegen den Faschismus, der seine Schellen über Europa wirft, unter Einsatz all unserer Kräfte zu wehren. Wenn dabei unser Ruf vor allem an die Arbeiterklasse ergeht, so deshalb, weil sie das erste Opfer des Faschismus sein würde. Denn der Faschismus ist nichts anderes als eine Waffe des Kapitals, dessen Bankrott nicht mehr zu vertuschen ist, gegen die Arbeiterklasse. Wir sehen in Deutschland, wie die Massen mit pseudo-sozialistischen Parolen wie Verstaatlichung der Trusts usw. verführt wurden. Wir sehen, daß Hitler, des von der Großindustrie Großgepöppelten, erste Tat darin bestand, die Revolution für beendet zu erklären und einem „Generalrat der Wirtschaft“ die wirtschaftlichen Geschicke Deutschlands in die Hand zu geben. Und mit einer beispiellosen Schamlosigkeit des Verrats wurde dieser „Generalrat“ aus den Häuptern derselben Trusts zusammengesetzt, die man angeblich verstaatlichen wollte. Dem Willensherr der Arbeiterklasse aber wurde keine Stimme in diesem Rate eingeräumt.

Man darf dem Faschismus, besonders als Arbeiter, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Gerade diese Gleichgültigkeit, dieses Verschweigen macht ihn den Weg leicht. Man muß sich, besonders die Arbeiterklasse, bewußt sein, daß nur durch entschlossenes Bekämpfen des unerklärlichen Willens, sich den Verheerungen des Faschismus entgegen zu stemmen, die offenen und versteckten Mächte des Faschismus zum Rückzug zwingen wird. Wir konnten vor kurzer Zeit erleben, wie in dem Regierungsorgan „Luzde Wort“ die ersten Führer ausgeführt wurden, um die Stimmung des Landes den faschistischen Ideen gegenüber zu erhitzen. Wir haben aber auch erlebt, daß als das „Luzde Wort“ das „Luzde Wort“ der Arbeiterklasse die Führer widerstandlos wurden und nur „beten“ vorgetrieben, in der Kammer, daß man nicht wieder von diesen Ideen überführt werden sollte. Gegen diese energische Intervention der Arbeiterklasse, ihrer Bewusstheit, ihrer Presseorgane maßgebend war. Die Arbeiterklasse muß sich ihrer Macht bewußt sein, sie muß aber auch diese Macht manifestieren, damit sie auch ihren Gegnern zum Bewußtsein kommt.

Das ist vor allem der Grund, weshalb die Arbeiterklasse morgen marschieren. Das soll aber auch jedem die Verpflichtung geben, solidarisch mit seinen Klassenbrüdern zu sein, nicht durch seine Laune, seine Gleichgültigkeit der Sache der Arbeiterklasse, die seine eigene Sache ist, zu schaden.

Man sagt uns, und unser nationaler Optimist an der Spitze, es gebe für Luxemburg keine faschistische Gefahr. Dieselben Leute, die der Brutstätten der faschistischen Ideen, den deutschen Nazistorganisations, ein warmes Obdach geben; dieselben Leute, die gestern noch offen für diese Ideen eintraten. Will man die faschistische Epidemie bekämpfen, so muß man vor allem die Seucheherde austrotten, von denen aus das faschistische Gift in die Köpfe gelangt. Dem festen Willen, den unsere Regierung der Interpellation der Arbeiterpartei gegenüber, der öffentlichen Meinung zum Trost behauptet, diese Seucheherde weiter unter ihrem Schutz gedeihen zu lassen, muß die Arbeiterpartei, müssen alle ehrlichen Demokraten morgen ein klares „Nein!“ entgegenschleudern.

Wir haben vor acht Tagen an dieser Stelle die Einstellung der Arbeiterpartei der heutigen Form der Demokratie gegenüber klargestellt. Wir haben gesagt, daß die Arbeiterpartei es als ihre Mission ansieht, die Demokratie zu verteidigen. Das Proletariat muß entschlossen sein, die politischen Freiheiten und Rechte, die sozialen Verbesserungen, die in Ausübung dieser Freiheiten und Rechte erkämpft wurden, und die mit ihnen fallen müßten, zu verteidigen.

Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß sie, wenn sie zur Verteidigung der Demokratie aufsteht, so wie sie es morgen tun wird, zugleich die Ertrugenschaften ihrer Klasse verteidigt. Wer das verachten wollte, was bis heute für das Proletariat auf dem Boden der Demokratie, das heißt unter dem Regime des Mikrobens des Proletariats, erreicht wurde, der wäre nicht nur mit Blindheit geschlagen, er würde sich auch an seinen eigenen Schicksalagenossen und letzten Endes an sich selbst veründigen. Jeder, der erkannt hat, weshalb wir die heilige Form der Demokratie verteidigen, der also weiß, daß es sich für uns nicht um eine Gefühlswunde handelt, sondern um durchaus reale Dinge, um Interessen der Arbeiterklasse, der hat die Pflicht, morgen in unsern Reihen zu marschieren.

Wir haben an dieser Stelle aber auch darauf hingewiesen, daß unser Kampf für die Demokratie nicht anders wird ausgekämpft werden kann, als in einem Kampf um den Ausbau der Demokratie, der politischen und sozialen Rechte. Wir haben nicht nur Rechte zu verteidigen, wir haben auch Forderungen zu stellen. Wir haben unsere Demonstration „Freiheitsdemonstration“ genannt. Es gibt aber keine wahre Freiheit in der wirtschaftlichen Unterdrückung, der Verschlingung durch Hungerlöhne einer Klasse. Wer für die Demokratie ist, muß auch für soziale Besserstellung, gegen die Entwürdigung eines Volksteiles sein.

Deshalb sind morgen unsere Parolen:  
 Gegen Faschismus und Sklaverei  
 Für Freiheit und Recht  
 Für Demokratie und Sozialismus

Man beachte in heutiger Nummer unsere Beilagen:

LITERATUR UND KUNST  
 DER LUXEMBURGER BAUER



## Außenpolitische Debatte in französischer Kammer.

Die Kammer hat gestern vormittag Sprache über die Interpellationen bezüglich Außenpolitik wieder aufgenommen. Taittinger hebt hervor, daß die neue Lage von der Tatsache beherrscht ist, daß Deutschland seine Handlungsfreiheit gewonnen hat und festerhaft an seiner Politik arbeitet.

Der Redner erklärt, Deutschland Wirklichkeit 2 Armeen: eine sichtbare unsichtbare, die in der Stille der 2 und der Laboratorien arbeitet, und bereite, im gegebenen Moment zur Schlage auszuholen.

Taittinger äußert, daß er frühe Wählerbund geglaubt habe. Heute sei der Ansicht, daß von dieser Einheit mehr zu erwarten ist. Wenn indessen weitere Tribüne sein könne, von der reich seine Stimme erlösen lassen müsse man sich weiter des Wählerbundes.

Vert. Kommunist, macht dem Hill den Prozeß und erklärt, daß die Führerlands keines ihrer Versprechen gehalten. Als der Redner seiner Beschränkung gibt, daß der von Hitler gepredigte a-russische Kreuzzug schließlich auch untergeordnetem Gebot finden könnte, erklärt er, daß das nie zureife.

Doebli protestiert gegen die nationalistischen Treiberen im Saargebiet und die Regierung alles zu unternehmen, Schutz der Bevölkerung, die viel für zösischen Ideen übrig hat, zu gewöhnen. In der Nachttagung erlucht die Regierung bekanntzugeben, welche man sie zu ergreifen bedenkt, um die Lösung des Verfallter Vertrages hinsichtlich Saargebiet zu gewährleisten.

Unter dem Vorschlag des Zentrums Rechte, schließt Oberkirch mit der 1 daß die französische Regierung beim 2 interbenutzen müsse und daß der 2 eine große Aufgabe im Saargebiet habe.

Zouis Marin will die Absichten 2 rung erfahren, gegenüber der Berlin neutralisierten Rheinzone und der 2 des Friedensvertrages. Paul Boncour ergreift dann, kurz, die Regierung hätte sorgfältig zu beschließen. Sie nicht durch bestehen, dürfte wohl, das stehenhalten des Saarges, um sich an des Jahresendes des Waffenstillstandes.

Es wäre jedoch möglich gewesen, Stimme der Regierung vornehmen nicht will, für uns am Vorabend der Wahlen befinden, sondern muß wir abend eines Jahresstages sind, der 2 denken soll.

Paul Boncour erklärt, er wolle nicht auf die deutschen Wahlen einwirken.